

BUCHBESPRECHUNGEN

Bistrović, Miriam: *Antisemitismus und Philosemitismus in Japan. Entwicklungen und Tendenzen seit dem 19. Jahrhundert* (Marc Grimm)..... 242

Blanke, Bernhard/Frank Nullmeier/Christoph Reichard/Göttrik Wewer (Hrsg.): *Handbuch zur Verwaltungsreform, 4. Aufl. 2011* (Helge F. Jani)..... 244

Butterwegge, Christoph/Gerd Bosbach/Matthias W. Birkwald (Hrsg.): *Armut im Alter.* (Richard Albrecht)..... 246

Flügel-Martinsen, Oliver: *Jenseits von Glauben und Wissen* (Rainer Miebe)..... 247

Gilding, Paul: *Die Klimakrise wird alles ändern. Und zwar zum Besseren.* (Udo E. Simonis)..... 248

Köster, Viola: *Umwelt-NGOs. Über Wirkungen und Nebenwirkungen ihrer Professionalisierung.* (Udo E. Simonis)..... 250

Mearsheimer, John J.: *Lüge! Vom Wert der Unwahrheit* (Alois Riklin)..... 250

Reinhart, Martin: *Soziologie und Epistemologie des Peer Review* (Georg F. Simet)..... 252

Saracino, Stefano: *Tyrannis und Tyrannenmord bei Machiavelli* (Benjamin Schmid)..... 253

Schöler, Uli: *Wolfgang Abendroth und der »reale Sozialismus«* (Armin Pfabl-Traughber)..... 255

Wirsching, Andreas: *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit* (Georg F. Simet)..... 256

Miriam BISTROVIĆ: *Antisemitismus und Philosemitismus in Japan. Entwicklungen und Tendenzen seit dem 19. Jahrhundert*, Essen: Klartext 2011, 325 S., 34,95 €

Während seit einigen Jahren der Antisemitismus in der muslimischen Welt Aufmerksamkeit über den akademischen Betrieb hinaus erfährt, gibt es bisher nur wenige Arbeiten, die sich dem asiatischen Raum widmen. Miriam Bistrović' Studie, die auf ihrer Dissertation am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin beruht, soll diese Lücke schließen, »die unterschiedliche Wahrnehmung von ›Judenbildern‹ in der japanischen Gesellschaft... beleuchten und deren Entwicklung« (14) darstellen. Da es in Japan zu keiner Zeit eine jüdische Gemeinde von nennenswerter Größe gab, das Interesse des japanischen Publikums am inszenierten und imaginierten Judentum Büchern zum Thema aber Millionenauflagen beschert, macht Bistrović Studie ein Element des Antisemitismus kenntlich, das Leo Löwenthal in seinen Studien zum Antisemitismus unter amerikanischen Arbeitern und Theodor Adorno und Max Horkheimer in der *Dialektik der Aufklärung* erstmals umrissen haben: Dass dem Antisemitismus nicht der Hass auf die Juden wesentlich ist, sondern der Neid auf die Eigenschaften, die den Juden zugesprochen werden. Diese Eigenschaften, so Löwenthal in der Studie *Falsche Propheten*, »werden als hassenswerts dargestellt; sie ließen sich freilich auch anders interpretieren, nämlich als erwünschte Vorzüge im Existenzkampf des Individuums«. Während nun aber die Deutschen im Nationalsozialismus die den Juden zugeschriebenen Eigenschaften mit diesen aus der Welt schaffen wollten, resultierten die stereotypen Judenbilder der Japaner nicht in einem staatlichen Programm zur Ermordung der Juden, sondern in ganz anders gelagerten Praktiken.

Bistrović skizziert einleitend die geschichtliche Entwicklung Japans über die Isolation des Landes zwischen dem 17. und Ende des 19. Jh, die vor allem der Abwehr des Christentums diene, dem unterstellt wurde, in Form von Handel und Finanzwesen die Identität Japans zu zersetzen (38). Als Ursprung des Antisemitismus in Japan identifi-

ziert Bistrovic antisemitische Schriften aus dem Westen (20). So fanden die *Protokolle der Weisen von Zion* während des Krieges gegen Russland (1918-22) ihren Weg nach Japan und spielten vor und während des Zweiten Weltkrieges eine Rolle bei der strategischen Planung. Anders als im Westen, zogen die im Dienst der kaiserlichen Armee stehenden Judenexperten aus der Vorstellung einer jüdischen Weltherrschaft nicht die Konsequenz, das Judentum auszulöschen: Yasue Norihiro, Verbindungsoffizier zu den jüdischen Gemeinden und zugleich der Erste, der die Protokolle ins Japanische übertrug, empfahl der Armeeführung eine pragmatische und instrumentelle Politik: »Wenn die Juden tatsächlich einen solchen Einfluss auf Presse, Wirtschaft, Politik ausübten, [sollte] Japan sie sich nicht zum Feinde machen« (103). Entsprechend gab die japanische Regierung auch den deutschen Forderungen nach Diskriminierung der Juden nicht nach, weil diese sowohl dem japanischen Herrschaftskonzept widersprächen und zudem negative Auswirkungen auf die Devisenbeschaffung und die Beziehungen zu den USA befürchtet wurden (75). Wie Bistrovic an der japanischen Kriegspolitik aufzeigt, resultierte die Stereotype des mächtigen und einflussreichen Juden in der Praxis in der Absicht, sich deren Fähigkeiten nutzbar zu machen oder diese milde zu stimmen.

Deutliche Gemeinsamkeiten zu Deutschland zeigen Bistrovic' Ausführungen zu Japans Nachkriegspolitik und Erinnerungskultur. So hatten japanische Behörden nur wenig Interesse an der Ermittlung gegen Kriegsverbrecher (185) und in der Öffentlichkeit setzte sich schnell die Vorstellung durch, dass Japan vor allem Opfer des Krieges sei. Anders als in Deutschland ging die Selbstviktimsierung nicht mit der Verdrängung oder gar Leugnung der Shoa einher, sondern mit der Gleichsetzung von Hiroshima und Auschwitz. Die Verknüpfung bestärkte den Opferstatus Japans, ermöglichte die Distanzierung vom ehemaligen Bündnispartner Deutschland und zugleich die Relativierung japanischer Kriegsverbrechen (141).

Die sogenannte Aufarbeitung der Vergangenheit setzte auch in Japan erst in den 1980er Jahren ein und dort ebenfalls im Kontext einer Debatte um die nationale Identität. Interessanterweise spielte dort der Bezug auf Judenmord und Judentum ebenfalls eine zentrale Rolle. Bistrovic zeigt, wie ab den 1980er Jahren Revisionisten Sugihara Chiune für ihre Zwecke in Beschlag nahmen. Chi-

une war ab Ende der 1930er Jahre Konsul in Kanas und rettete mehreren Tausend Juden das Leben, indem er ihnen entgegen seiner Befehle Transvisa für Japan ausstellte. "Anstatt die Erteilung von Visa an ausreisewillige Flüchtlinge als Entscheidung eines Einzelnen zu würdigen, behaupteten nationalistische und revanchistische Autoren fortan, dass dieses Vorgehen vielmehr für Japans Politik charakteristisch gewesen sei" (200). Am Beispiel Chiunes sollte bewiesen werden, dass ein Land, das Leute wie ihn im Dienst hatte, niemals hätte Kriegsverbrechen begehen können. Aus Chiune wurde der japanische Oskar Schindler: der Judenretter als Held der Nation.

Mit besonderem Gewinn ist das Kapitel zu Nihonjinron zu lesen, einer Literaturgattung die das Selbstverständnis Japans und der Japaner diskutiert und bemerkenswerterweise meist Bezug auf Juden oder Israel nimmt. Das auflagenstärkste Buch diese Gattung, Yamamoto Shichiheis *Japaner und Juden* hat bis heute eine Auflage von über drei Millionen verkauften Exemplaren (161). Inhaltlich bieten Nihonjinron vor allem eine Auflistung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden von Japanern und Juden, so bspw. den hohen Stellenwert, dem beide Familie und Gemeinde beimessen (157). Die Konsumenten der Nihonjinron sind vor allem Geschäftsleute: »Mitunter suchen sie in den Texte nach direkten Anleitungen für internationale Geschäftsbeziehungen oder erfolgreichere Wirtschaftstaktiken. Vielfach hatten sie die Schriften von ihren Firmen mittels Literaturlisten empfohlen oder direkt zur Verfügung gestellt bekommen« (158).

Auch in den aktuellen Entwicklungen die Bistrovic ausführt, wiederholt sich das Muster: Antisemitische Klassiker wie die *Protokolle der Weisen von Zion* und Publikationen die antisemitische Stereotype über jüdische Geschäftsmethoden sammeln, werde oftmals affirmativ gelesen: Die Juden werden für ihre Fähigkeiten bewundert und dienen als Vorbilder. Anders formuliert: stereotype Zuschreibungen an Juden existieren in Japan, sind dort aber seltener negativ konnotiert (226). Gleichwohl Bistrovic die Entwicklungen des Judenbildes materialreich darstellt, fehlt es ihrer Arbeit an Erklärungen: Wenn sie die Ursprünge des japanischen Antisemitismus auf Publikationen aus dem Westen zurückführt, dann stellt sich zuallererst die Frage, warum dieser dort auf fruchtbaren Boden fällt? Was macht Antisemitismus attraktiv?

Welchen Gewinn ziehen die Subjekte des Antisemitismus aus ihren imaginierten Objekten. Es hätte sich hier eine sozialpsychologische Erklärung der japanischen Judenbilder angeboten, die diese als Denk- als auch Praxisform gesellschaftlich und subjekttheoretisch erklären kann. Welche Spezifik der japanischen Gesellschaft dazu führt, dass die Juden nicht zum Negativ des Eigenen werden, sondern diesem Vorbild, bleibt in Bistrovic Arbeit unklar.

Insgesamt bietet der Band einen guten Überblick über die in Japan vorherrschenden Judenbilder und wirft hinsichtlich der Begriffsbestimmung und Abgrenzung von Philosemitismus und Antisemitismus Fragen auf, die in künftigen Forschungen und Diskussion zu beantworten sein werden.

Marc Grimm

Bernhard BLANKE, Frank NULLMEIER, Christoph REICHARD, Göttrik WEWER (Hrsg.): *Handbuch zur Verwaltungsreform, 4., aktualisierte und ergänzte Auflage*, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 2011, 616 Seiten, 69,95 €

Die Reform der öffentlichen Verwaltung gleicht dem Schneiden einer Hecke: Regelmäßig ist die äußere Form zu beachten, die innere Ordnung zu überprüfen und unerwünschte Auswüchse zu recht zuzutzen.

Das Erscheinungsbild der Verwaltung hat sich in den vergangenen Jahren erheblich verändert. Zum einen sieht sich die öffentliche Verwaltung unterschiedlichen Einflüssen ausgesetzt, in deren Gefolge beträchtliche Anpassungen entstehen. Zum anderen haben die unter dem Etikett des New Public Management (NPM) vollzogenen Reformen die Verwaltung tatsächlich reformiert, Innovationen angeregt sowie Funktionsmechanismen verändert. All das hat zu einer Organisationsvielfalt geführt, also zu einem Konglomerat aus Überresten des klassischen weberianischen Verwaltungstyps, Desideraten ambitionierter NPM-Reformer und neuen, noch ungefestigten Verwaltungsformen. Der Struktur- und Funktionswandel der öffentlichen Verwaltung vollzieht sich nicht nur durch absichtlich herbeigeführte Reformprogramme. Organisationswandel findet auch als schleichende, inkrementale Anpassung, mithin als lautlose Veränderung statt.

Lange Zeit stand die Verwaltung unter dem krypto-modernen Diktat der organisatorischen Verschlankung: die Konzepte »schlanker Staat« und »lean management« postulieren eine Verwaltung der Zukunft, die vor allem übersichtlich strukturiert und flach-hierarchisch sein soll. Das Handbuch zur Verwaltungsreform – mittlerweile in vierter Auflage erschienen – ist seit seinem ersten Erscheinen 1997 kontinuierlich im Umfang angewachsen. Jede neue Reformagenda, jede konzeptionelle Akzentverschiebung und jede international erprobte Modernisierungsstrategie führen nicht nur zu einem differenzierten Bild, sondern auch zu einigen zusätzlichen Handbuchkapiteln. Offenbar besitzt das Politikfeld »Verwaltungspolitik« eine eigentümliche Komplexität und einen dauerhaften Facettenreichtum, der sich nicht in schmalen Ratgeberbändchen widerspiegeln lässt. Trotz modischer Schlankheitsrhetorik besteht die Verwaltungswissenschaft auf thematische Vollständigkeit und disziplinäres Orientierungswissen.

Mit seinen insgesamt 66 Einzelbeiträgen wendet sich das Handbuch, wie der Mitherausgeber Bernhard Blanke in der Einleitung bekundet, »an alle, die weiterhin an kollektiven Lernprozessen für die Reform sowohl wissenschaftlich als auch im direkten Beratungsprozess sowie vor allem in der institutionalisierten Organisationspraxis beteiligt sind« (S. XIV). Nicht nur für Wissenschaftler und Studenten, sondern auch für Praktiker des öffentlichen Sektors liegt hiermit ein nützliches Nachschlagewerk vor. Die Beiträge bieten sowohl eine erste, kursorische Orientierung als auch einen verdichteten Überblick über einzelne Themen an. Aufgeteilt in sieben Themenfelder reichen diese von den klassischen Brot-und-Butter-Themen (wie z.B. Verwaltungscontrolling, Personalmanagement, Kosten- und Leistungsrechnung) bis hin zu den neuesten Trends aus den Reformwerkstätten (wie z.B. Performance Indicators, E-Kompetenzen, Public Value).

Wird Verwaltungspolitik als eigenständige Bindestrich-Politologie, mithin als ein kohärentes Politikfeld aufgefasst, so stehen politische Steuerung, formale sowie informale institutionelle Arrangements, Verhaltensmuster, Rollenerwartungen und Verfahrensabläufe im Mittelpunkt des Interesses. Entscheidend ist es, die öffentliche Verwaltung als »Vollzugsinstanz und Adressat« (S. 535) zu betrachten. Damit wird auch ihr Einfluss- und Ve-

topotential bei der Implementation von Modernisierungsvorhaben relevant. Das Verdienst der Verwaltungswissenschaft, so Werner Jann, liegt gerade darin, institutionelle Kontexte und ihre Bedeutung für den Erfolg politischer Steuerung sichtbar gemacht zu haben. Ausgehend von diesem »institutional turn« (S. 73) wird die Frage gestellt, wie institutionelle Arrangements beschaffen sein müssen, um Akteure und damit Politikergebnisse zu beeinflussen. Antworten werden gerade in diesem Zusammenhang oft im ubiquitären Governance-Konzept gesucht. Fraglich bleibt jedoch, ob mit dem Governance-Begriff ein neues Modewort vorliegt, das in Wahrheit als rhetorisches Gewand die bereits bekannten Probleme staatlicher Steuerung verschleiert. Das wirklich Neue, das der Governance-Begriff in das analytische Blickfeld rückt, liegt in den Arrangements der politischen Steuerung. Die etablierte Steuerungstheorie unterscheidet zwischen Steuerungsobjekt und -subjekt, »während die Governance-Perspektive die Aufmerksamkeit auf die Regelungsstruktur lenkt, also auf die institutionelle Einbettung sämtlicher Akteure« (S. 74).

Die Zeiten, in denen in Rathäusern und Ministerialverwaltungen das Loblied auf das New Public Management angestimmt wurde, sind schon lange vorbei. Eckhard Schröter stellt die Grundzüge des NPM dar und zeigt, wie sehr dieser Reformgedanke einer »Wettbewerbs- und effizienzorientierten Managementreform im öffentlichen Sektor« (S. 79) gleichkam. Getrieben durch anhaltende Haushaltskrisen, Modernisierungsrückstände, die als Standortnachteil empfunden wurden sowie durch die fortschreitende Digitalisierung hielten in den 90er Jahren die NPM-Konzepte Einzug in deutsche Amtsstuben. Damit vollzog sich der konzeptionelle Übergang von der monolithischen hin zu einer in verselbständigte Einheiten organisierten Verwaltung. Die Akteure der flächendeckenden Einführung des NPM befinden sich mittlerweile auf dem Rückzug. Neuere Entwicklungen lassen sich, wie Kai Wegrich zeigt, als Post-New Public Management beschreiben. Nachdem Defizite und Schattenseiten des NPM deutlich geworden sind, »gewannen sozialwissenschaftliche Theorien an Bedeutung, welche die Relevanz von Institutionen und Normen angemessenen Verhaltens für die Steuerung im öffentlichen Sektor (wieder) betonen [...]« (S. 93). Neue, differenziertere Leitbilder, die weniger auf die reine Management-

Lehre setzen, zeigen, »dass Post-NPM ein Ausdruck der nachlassenden Prägekraft des ökonomisch-managerialistischen Modells des NPM ist« (S. 97).

Unverzichtbar für die Reform des öffentlichen Sektors ist ein klar dokumentierter politischer Wille. Aufgabe der politischen Führung ist es, ein Narrativ zu entwerfen, mithin die große Erzählung, die neben der Notwendigkeit zur Verwaltungsmodernisierung auch die Richtung einer reformierten öffentlichen Sektors angibt. Reformleitbilder vermitteln normative Maßstäbe eines leistungsfähigen öffentlichen Sektors der Zukunft, der hoheitliche Aufgaben erfüllt und gleichzeitig die Interessen einer aufgeklärten Bürgergesellschaft mit in sich aufnimmt. Modernisierungskonzepte werden stets vor dem Hintergrund von zu erwartenden Implementationsblockaden oder Reformwiderständen verfasst; damit spiegeln neue Leitbilder »immer auch Ergebnisse verwaltungs-politischer Lernprozesse« (S. 59) wider. Trotz seines Plädoyers für eine aktive Verwaltungspolitik, gibt Carl Böhrer zu bedenken, dass der Reform der Verwaltung auch ein Stück Unvorhersehbarkeit innewohnt. Es handelt sich um einen »andauernde[n] und auf vielen Feldern gleichzeitig verlaufende[n] Prozess – oft mit experimentellem Charakter« (S. 63).

Im Subtext jedes Modernisierungsvorhabens steht immer eine Neuausrichtung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Anders als von Management-Beratern und Modernisierungspredigern oft behauptet, gibt es kaum erfolgreiche reformerische Blaupausen, die Modellcharakter für mehrere Länder besitzen. Im Geiste einer verbreiteten Mode gestartet haben »einzelne Länder im Zeitverlauf in ihrem langfristig pfadabhängigen Handlungskorridor die Wege der Public Sector Reform gewechselt« (S. XVII). Genau dann schlägt die Stunde der Verwaltungswissenschaftler. Sie sind in der Lage, nationale Spezifika, etablierte Methoden und Verfahren der Verwaltung sowie das institutionelle Erbe einzelner Organisationseinheiten angemessen zu analysieren. Für sie ist es selbstverständlich, Verwaltungsreformen nicht ohne die Bedeutung demokratischer Rückbindungen an Normadressaten und Leistungsempfänger zu denken.

Angesichts wachsender Beteiligungsansprüche der Bürger liegt hierin auch ein normatives Postulat: Verwaltungspolitik besteht nicht zuletzt in der

Bereitstellung von Verhandlungsarenen für einen interessengeprägten Pluralismus. Offene Aushandlungsprozesse lassen Blockade- und Verhinderungsabsichten einzelner Akteure zu Tage treten, die möglichst früh in Richtung einer produktiven Konsensfindung umgelenkt werden sollten. Diese Entwicklung zeigt, dass Verwaltungsreformen in den vergangenen Jahren voraussetzungsvoller geworden sind. Effizienz- und Kostenaspekte müssen genauso berücksichtigt werden wie demokratische Legitimationsanforderungen. Insofern bietet das Handbuch eine wertvolle Informationsquelle für alle, die Verwaltungsreformen weit mehr als eine reine Optimierung des arbeitenden Staates begreifen.

Helge F. Jani

Christoph BUTTERWEGGE/Gerd BOSBACH/
Matthias W. BIRKWALD (Hrsg.): *Armut im Alter. Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung*. Frankfurt a.M./New York (NY): Campus, 399 Seiten, 19,90 €

Armut im Alter ist der aktuelle Buchtitel von Christoph Butterwegge und Mitautoren. Er schließt an das erstmals 2009 erschienene Buch *Armut in einem reichen Land* desselben Autors an. Sein neues Buch stellte der in Köln lehrende Politikwissenschaftler unter dem griffigen Stichwort »Seniorisierung der Armut« in der Berliner Tageszeitung *junge Welt* am 13.11.2012 sein neues Armutsbuch, das an seine 2009 vorgelegte Studie *Armut in einem reichen Land* so vor: »Für alte Menschen ist Armut besonders deprimierend, diskriminierend und demoralisierend, weil ihnen nach dem Arbeitsleben die Würde genommen und ein gerechter Lohn für ihre Lebensleistung vorenthalten wird. Zudem wirkt Altersarmut als Drohkulisse und Disziplinierungsinstrument, das Millionen jüngere Menschen nötigt, härter zu arbeiten und einen wachsenden Teil ihres mühselig verdienten Geldes auf den Finanzmärkten in der Hoffnung anzulegen, durch private Vorsorge einen weniger entbehrungsreichen Lebensabend verbringen zu können. Gleichwohl droht Altersarmut nicht bloß in der Zukunft, sondern existiert bereits heute als ein Problem, dem lange wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde (...) Im westdeutschen Nachkriegskapitalismus galt die Rente als »verdienter Lohn für Lebensleistung«, auf die

man einen verfassungsrechtlich garantierten Anspruch hatte, um im Ruhestand keine großen Abstriche vom gewohnten Lebensstandard hinnehmen zu müssen. Seinerzeit wäre niemand auf die Idee gekommen, das Rentenniveau zu senken, obwohl die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen auch damals kontinuierlich stieg (...) Zu einer historischen Zäsur in der Wohlfahrtsstaatsentwicklung führte die Weltwirtschaftskrise 1974/75, denn seither fand mit Ausnahme einzelner Leistungsverbesserungen im Bereich der Familienpolitik und der Einführung der Pflegeversicherung kein weiterer Ausbau des sozialen Sicherungssystems mehr statt. Statt dessen wurden zahlreiche Transferleistungen gekürzt, Anspruchsvoraussetzungen verschärft und Kontrollmaßnahmen intensiviert. Das gilt auch für die gesetzliche Altersvorsorge, deren Leistungsniveau schrittweise herabgedrückt wurde. Beispielsweise ging man von der brutto- zur netto-lohnbezogenen Anpassung der Renten über, verkürzte die Höchstdauer der Anrechnung von Ausbildungszeiten, ließ die Rente nach Mindestentgeltpunkten auslaufen, hob die Altersgrenzen für den Renteneintritt von Frauen schrittweise auf 65 Jahre an und führte Abschläge von 0,3 Prozent pro Monat bei vorzeitigem Rentenbezug ein, die bis zum Tod wirksam sind (...) Die »rot-grüne« Rentenreform 2001 lief auf eine (Teil-)Privatisierung der Altersvorsorge hinaus und führte zu einer weiteren Entlastung der »Arbeitgeber« sowie zur Einschränkung der Leistungen für die Betroffenen (...) Die nach der Bundestagswahl 2005 gebildete zweite Große Koalition, mit Angela Merkel und Franz Müntefering an der Spitze, machte gleich zu Beginn deutlich, dass mit Rentenerhöhungen vorläufig nicht zu rechnen sei, sondern [dass] erneut fälschlicherweise als »Nullrunden« bezeichnete Aussetzungen der jährlichen Rentenanpassung anstünden (...) Nur wer mehr als 45 Jahre lang Pflichtbeiträge zur GRV [gesetzliche Rentenversicherung] entrichtet hat, kann seine Altersrente weiterhin abschlagsfrei mit 65 Jahren beziehen. Da selbst viele Großunternehmen höchstens auf der Vorstandsetage noch Personen über 50 beschäftigen, führt die Anhebung der Regelaltersgrenze zu weiteren Rentenkürzungen, zwingt sie doch mehr Beschäftigte, vor Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters – und das heißt: mit entsprechenden Abschlägen – in den Ruhestand zu gehen. Mit besonderer Härte trifft die Heraufsetzung der Al-

tersgrenze unterdurchschnittlich Verdienende, Mehrfach- und Langzeitarbeitslose.«

Damit hat Butterwege das im Buch in fünf Abschnitten mit zwanzig Beiträgen im einzelnen weiter ausgeführte, variierte und im letzten Abschnitt auch durch Parteienvertreter parteipolitisierte Generalthema bündig angesprochen. Und doch habe ich Bedenken: weniger hinsichtlich des allgemeinen (links)politischen Konsensansatzes, demzufolge dieser »staatsmonopolische Finanzkapitalismus« als System nach zwei Bankenkreditkrisen in den vergangenen Jahren und bei künftig zu erwartenden, entsprechend seiner Eigenlogik in Zukunft noch weniger Mittel zur wohlfahrtsstaatlichen Unterstützung einer weiter wachsenden Armutsbevölkerung zur Verfügung haben wird. Vielmehr wegen der *wissenschaftlichen* Methode. Was mir fehlt ist die den publizistischen Anspruch (»In diesem Band geben Expertinnen und Experten erstmals einen Überblick über die aktuellen Risiken, Erscheinungsformen und Ursachen von Altersarmut in Deutschland«) rechtfertigende wissenschaftliche Tiefenschärfe und vor allem die auch sozialwissenschaftlich notwendige »Anstrengung des Begriffs« (Hegel).

Dazu drei kritische Fragen:

Zeigt nicht (auch) dieser Sammelband, dass es (1) eben nicht reicht, Texte von Experten hurtig zwischen Buchdeckel zu pressen ohne grundlegende begriffliche Klärungen, hier der abstrakten Begriffe »Sozialstaat« oder »Sozialpolitik«, wie sie entsprechend dem medialen Gebrauch im ersten Teil (»Altersarmut gestern, heute und morgen«) benutzt werden? Wäre nicht zu klären gewesen, ob der konkret historisch ausgebildete, nun bürgerlich-kapitalistische Wohlfahrtsstaat und seine wohlfahrtsstaatliche Politik im Sinne von Wohlergehen gemeint sind, weil das Schlagwort »sozial« in Deutschland seit etwa zwei Jahrhunderten nichts anderes ist als eine inhaltsarme Politformel wie »soziale Frage«, »soziale Verhältnisse«, »soziale Reform«?

Die ungenügende Begrifflichkeit wird noch sinnfälliger im wichtigen vierten Teil (»Zivilgesellschaftliche Positionen und Aktivitäten gegen Altersarmut«): Sitzt nicht, wer auch immer »Zivilgesellschaft« für die Eindeutschung von »civil society« hält, einem Missverständnis auf, weil »zivil« nichts anderes als das Antonym oder der Gegenbegriff zum Militärischen ist? Da das hier jedoch nicht gemeint sein kann: ist der angemessene

deutschsprachige Begriff für *civil society* sowohl im Sinne von Gabriel Almonds und Sidney Verbas *civic culture* (1963) als auch im sozialwissenschaftlichen Diskurskontext von politischer Kultur (und wie auch von Ralf Dahrendorf in der Neuauflage seines Buchs *Der moderne soziale Konflikt*, 1992, betont) nicht Zivil-, sondern *Bürgergesellschaft*?

Was schließlich (3) die von Christoph Butterwege vertretene Forderung nach »gerechtem Lohn« betrifft – wurde dieser nicht in Deutschland Mitte der 1930er Jahre vom damaligen Reichsleiter der faschistischen Deutschen Arbeitsfront verkündet? Und erwies sich das nicht ebenso als Fiktion wie die (Ferdinand Lassalle zugeschriebene) sozialdemokratische Forderung nach »unverkürztem Arbeitsertrag«? Wäre es, so gesehen, in Sachen Mehrarbeit, Mehrwertproduktion und gesellschaftlichem Mehrprodukt nicht aufklärend, ab und an mal bei Karl Marx – sei es in der Broschüre *Lohn, Preis und Profit* (1865), sei es in dessen Brief an Wilhelm Bracke zur *Kritik am ›Gothaer Programmwurf* (1875) oder sei es vertiefend im *Kapital* (1867) – nachzuschauen, gerade wenn und weil es um grundlegende Zusammenhänge von »Sozialstaat« und »Sozialpolitik« geht?

Richard Albrecht

Oliver FLÜGEL-MARTINSEN: *Jenseits von Glauben und Wissen, Philosophischer Versuch über das Leben in der Moderne*, Bielefeld 2011, 144 S., kart., 17,80 €

Das Buch von Oliver Flügel-Martinsen behandelt vier Philosophen und deren Positionen zu Glauben und Wissen: Von Kant zu Hegel und von Nietzsche zu Derrida. Am Ende steht ein philosophiegeschichtliches Resümee, das die Bemühungen der Philosophie in der Ungewissheit enden lässt. Diese Ungewissheit soll jedoch keine gewissenlose Lebensführung hervorbringen, sondern die selbstkritische Lebensführung, die sich immer wieder einer dekonstruierenden Prüfung unterzieht und dadurch Verantwortung zu übernehmen in der Lage ist. Wie gelangt nun der Autor zu solchen Ergebnissen?

Zunächst untersucht er das Denken Kants, das strenges Wissen gegenüber spekulativer Erkenntnis abgrenzen will, aber ohne Rückbezug zur Religion nicht auskommt. Die Postulatenlehre der

»Kritik der praktischen Vernunft« biete hierfür Gewähr. Praktisch gesehen, werden wieder die Ideen relevant, die theoretisch in der »Kritik der reinen Vernunft« zurückgewiesen worden waren. Das deutet schon auf Ungewissheiten hin, Kant formuliert dieses Ergebnis nur nicht explizit. Es ist die Folge eines Denkens, das Philosophie gegen Theologie setzt und mit der Vernunft den Glauben zu erklären versucht, das Absolute indes verfehlt. Hegel hingegen ist ein solches Herangehen nicht ausreichend genug. Das Absolute soll in dialektischer Spekulation erreicht werden, die alles begrifflich zu bewältigen trachtet. Dieser Überstieg gelingt Hegel nicht, so dass er schließlich nur noch sagen kann, Glaube müsse sich als Glaube selbst genug sein (vgl. S. 68). Flügel-Martinsen greift zusätzlich auf Kierkegaard zurück, der in seinen »Philosophischen Brocken« den christlichen Glauben nur als absurden Sprung begreift, der auf einem subjektiven Geschehen beruht, welches keine objektive Gewissheit bei sich führt. Der Glaube kennt eben keine Gründe.

Er wird offenbart, würde die Theologie antworten, und darin liegt auch die Wahrheit einer von außen kommenden Gewissheit. Nicht wir finden die Wahrheit, sondern die Wahrheit findet uns, das hatte bereits Ambrosius zu Augustinus in Mailand gesagt, eine wichtige Bemerkung, die die theologischen Bemühungen seither immer wieder bestimmt hat und im *Mysterium* des Glaubens seinen eigentlichen Ort hat, der durch begriffliche Versuch der Philosophie nicht aufgeklärt werden kann. Flügel-Martinsen nähert sich an vielen Stellen seiner Arbeit dieser Ansicht, er vertritt sie dann jedoch nicht, weil er jenseits von Glauben und Wissen operieren will. Als Philosoph möchte er die Theologie philosophisch erklären und abhandeln. Genau das geht nicht, und hierin liegt die Problematik des vorliegenden Buches. Allein dass der Autor die Bemühungen der Theologie nicht heranzieht, zum Beispiel die Arbeiten von – *pars pro toto* – Louis Bouyer oder Jean Daniélou, zeigt, dass er das Thema nicht genügend beherrscht oder eben nur so versteht, wie er es verstehen will.

Freilich ist diese Art des Reflektierens verzeihlich, da ja fast das ganze moderne *Mainstreamdenken* das Religiöse abschließend interpretieren und philosophisch-säkular beurteilen möchte. Von Gottesliebe kann da natürlich keine Rede mehr sein.

Statt dessen kommt Nietzsche zur Sprache, dessen Ansätze Flügel-Martinsen klar herausarbeitet. Das Ziel ist auch hier wieder: Glaubensinhalte so weit zu desavouieren, bis Ungewissheit entsteht. Nietzsche sieht nicht bloß die Zerschlagung des christlichen Glaubens durch die Wahrheit der Wissenschaft, sondern die Basierung dieser Wissenschaft als ebenfalls noch nicht erkannter Glaubensorientierung. Auch dieser »Glaube« sei zu hinterfragen. Was für Nietzsche bleibt, ist der Wille zur Macht, der neue Werte schaffen soll: den Übermenschen, die Herrenmoral, die große Politik. Allerdings kann diese Grundlage die Rückbindung an einen metaphysischen Glauben nicht abschütteln. Der Autor zieht zu Recht Heideggers Kritik an Nietzsches heran: Die Metaphysik, die Nietzsche eliminieren will, setzt er selber wieder voraus. Dagegen wendet Flügel-Martinsen mit Foucault ein, Nietzsches Denken könnte parodistisch (vgl. S. 95) verstanden werden und experimentell, ein Philosophieren des Vielleicht. Stützen ließe sich solch eine Sichtweise durch Derridas dekonstruierendes Denken, das das Messianische ohne Messianismus betreiben will und dabei stets Theologie mit Philosophie verknüpft. Das führt in der Quintessenz zu komplizierten Abwägungen, in denen nur alles in der Schwebeliege ist. »Der Glaube, der bleibt, ist nicht Nichts, aber er ist auch nicht ein Etwas, das sich aneignen lässt. Er ist ein Bekenntnis zu der Möglichkeit, die sich aus der Offenheit ergibt.« (S. 122)

Man sieht, die Philosophie der Ungewissheit hat eine befreiend-verwirrende Bedeutung, sie ist ständiger Skepsis ausgesetzt und soll es auch sein, wie der größte Teil des Buches von Flügel-Martinsen suggeriert. Dass der christliche Glaube aus der Philosophie heraus im Kern nicht begriffbar gemacht werden kann und dennoch wirken kann, wird in der Arbeit leider nicht hinreichend erörtert.

Rainer Miebe

Paul GILDING: Die Klimakrise wird alles ändern. Und zwar zum Besseren. Aus dem Englischen von Angela Stangl. Freiburg, Basel, Wien: Herder Verlag 2012, 359 Seiten, € 22,90.

Wer jüngst bei der nunmehr 18. Vertragsstaatenkonferenz der UN- Klimarahmenkonvention in Doha (Katar) mit dabei war oder sie von weitem

verfolgt hat, braucht Trost. Dieses Buch könnte dabei hilfreich sein. Es handelt von einem Großen Bruch (was im englischen Original – »The Great Disruption« – besser zum Ausdruck kommt als im deutschen Titel); es handelt aber auch von einem (möglichen) Evolutionsprung, der vom menschlichen Bewusstsein motiviert ist. Es ist ein Buch über viele besorgniserregende ökologische Fakten und Trends – und zugleich ein Buch voller Optimismus über das Wirksamwerden stabilisierender sozialpsychologischer Mechanismen.

Der Autor ist kein Professor, aber er hat viel erlebt, viel studiert und wurde zu einem Umweltaktivisten. Er widmet sein Buch den Wegbereitern der frühen Umweltbewegung der 1960er und 1970er Jahre: Rachel Carson, Donella und Dennis Meadows, Jorgen Randers, Paul Ehrlich, E. F. Schumacher und all den anderen, die in ihre Fußstapfen getreten sind – und noch treten werden, wie er hofft, weil sie entschlossen sind, ihre Träume und nicht ihre Ängste Wirklichkeit werden zu lassen.

Er benennt die Ängste aber schon im ersten Satz: »Die Erde ist voll... Weltbevölkerung und Weltwirtschaft (haben) inzwischen die Versorgungsgrenzen der Erde überschritten. ... Unser derzeitiges Modell des wirtschaftlichen Wachstums treibt das ökologische System, von dem unser momentaner und zukünftiger Wohlstand abhängen, in den Abgrund« (S. 9).

Dies allein stellt schon ein großes Problem dar. Doch die Herausforderung wird größer, wenn man bedenkt, dass es Milliarden Menschen in dieser Welt gibt, die ein Leben in Armut führen und nichts dringender benötigen als das rasche Wachstum ihrer eigenen Wirtschaft. Doch dafür, sagt Gilding, gibt es keinen Platz mehr. Das bedeutet, dass sich die Dinge fundamental ändern werden. Er sagt werden, doch er meint: müssen.

Die wissenschaftlichen Belege für den »Großen Bruch«, die Grenzen des Wachstums und die akuten Grenzüberschreitungen, seien hinreichend klar und gut begründet. Doch stärker noch sei das soziale und politische Verdrängen, die zeitliche Problemverschiebung oder auch die Anpassung der jeweils geltenden Problemdefinitionen. Die Weltbank ließ vor kurzem schon mal das Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) beschreiben, wie es in einer »Plus 4-Grad-Welt« aussehen wird, weil die bisherige Vorgabe eines Limits von plus 2 Grad inzwischen unrealistisch geworden ist.

Doch wenn wir schon mit dem Rücken zur Wand stehen, worauf gründet Gilding dann seinen Optimismus? Zunächst auf diese Grundannahme: »Ob wir Hoffnung oder Verzweiflung empfinden, wird unsere Zukunft stärker beeinflussen als Technik, Politik oder Märkte« (S. 129). Daneben aber finden sich viele auf persönlichen Erlebnissen und Begegnungen beruhende Antworten in dem Buch.

Dies hier aber steht ganz vorn: »Wenn uns die nahende Krise mit voller Wucht trifft, wird unsere Reaktion ebenso dramatisch ausfallen... Wir werden uns in einem Ausmaß und mit einer Geschwindigkeit verändern, wie wir es uns heute kaum vorstellen können; innerhalb weniger Jahrzehnte werden wir unsere Wirtschaft ... komplett verändern« (S. 10).

Andere Autoren haben zur Frage der Transformation nicht die Hoffnung, sondern die historische Erfahrung herangezogen, insbesondere die der Kriegswirtschaft. Gilding aber ist ein friedliebender Mensch (auch wenn er oft markante Worte verwendet) – und so setzt er mehr auf Lernkurven: darauf, dass wir lernen werden, lernen, dass es mehr im Leben gibt als Shopping, dass wir uns auf die Dinge konzentrieren werden, die unser Leben wirklich bereichern.

Es sei die Krise selbst, die die Menschheit auf die nächste Entwicklungsstufe zwingen und es ihr möglich machen werde, das in ihr steckende evolutionäre Potential auch zu erkennen. Das ist die Geschichte, die Gilding erzählen will – und wozu ihm unendlich viel eingefallen ist. Auch dass er selbst – und wir alle – in der Vergangenheit viele Fehler gemacht haben. Doch wir können nicht die Vergangenheit, wir können nur die Zukunft verändern.

Dies klingt in gewisser Weise wie eine Predigt. Was es zum Teil auch ist. Doch das Buch ist auch eine Art Handbuch guter Ideen. Der Autor fängt den Leser bewusst emotional ein, beschwört ihn, realistisch zu sein aber stets auch die guten Seiten zu sehen und die besten Auswege zu suchen. Und er führt uns in drei Stufen zu seiner Botschaft:

Die erste Stufe nennt er den »Schrei« – der Aufruf, etwas zu tun, der seit den späten 1950er Jahren in Gang kam; die zweite den »Crash« – den möglichen Zusammenbruch des Ökosystems und der Wirtschaft; die dritte Stufe nennt er das »Große Erwachen« – die individuelle und gesellschaftliche Reaktion, die seiner Erwartung nach außerge-

wöhnlich in Geschwindigkeit und Umfang sein wird.

Die dem entsprechenden Kapitel des Buches sind gut geschrieben und spannend zu lesen, weil er sie mit konkreten eigenen Erlebnissen, aber auch mit gut platzierten Anekdoten verknüpft. Es geht dabei aber nicht nur, wie der deutsche Buchtitel suggeriert, um das Klimaproblem; es geht um die globale ökologische Krise und die Frage, damit kritisch und strategisch im Sinne einer großen Transformation umzugehen. Diese Krise wird uns zwingen, unser Handeln zukünftig auf eine ganz neue Weise global zu koordinieren – wir werden zu einer echten Weltgemeinschaft zusammenwachsen (müssen). So sagt es Paul Gilding – doch das setzt höheres individuelles Engagement und bessere gesellschaftliche Kooperation voraus.

Eines der zehn Maßnahmenbündel mit strategischer Hebelwirkung für eine Große Transformation sieht der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) in seinem jüngsten Gutachten in einer »internationalen Kooperationsrevolution«. Wir müssen die Kooperation nicht nur verbessern, wir müssen sie revolutionieren! Das fordert zwar nicht die Bundesregierung selbst, aber der von ihr eingesetzte Oberste Rat für Globalen Wandel. Wenn auch die Analyse der globalen ökologischen Krise von Gilding und WBGU nicht dieselbe ist, die Therapie des großen Erwachens führt sie zusammen.

Udo E. Simonis

Viola KÖSTER: Umwelt-NGOs. Über Wirkungen und Nebenwirkungen ihrer Professionalisierung, Münster: LIT Verlag 2012, 200 Seiten. 29,90 €

Was geschieht, wenn an und für sich erfolgreiche Umwelt- und Naturschutzorganisationen (NGOs) meinen, noch erfolgreicher werden zu müssen? Wenn sie sich dazu einer Professionalisierung unterziehen und sich dabei einer strikten ökonomischen Rationalisierungslogik unterwerfen? Schon ein Blick in die dazu vorliegenden bisherigen Untersuchungen ergibt nichts Gutes. Noch schlechter wird es nach Auswertung der Interviews mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterschiedlicher Organisationen und nach Einbeziehung der dazu mit Umweltexperten abge-

stimmten Bewertungen, wie Viola Köster sie in diesem Buch vorgenommen hat – und zu einer originellen Darstellung bringt.

Indem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien verinnerlichen und einem »Managerialismus« verfallen, verwandeln sich Umwelt- und Naturschutzorganisationen in eine Art von Reparaturbetrieb, der nur noch reaktiv auf Naturzerstörungen eingeht und die Fähigkeiten zur proaktiven, vorsorgenden Überwindung der eigentlichen Ursachen der beobachteten Probleme verliert.

Die Autorin belegt diese Hypothese äußerst material- und kenntnisreich – und erweitert sie zugleich durch Rückbindung an einen großen Denker der frühen Ökobewegung – an Herbert Marcuse. Sie charakterisiert die zu beobachtenden Reaktionen als Erschöpfung und Burnout, als Ernüchterung und Resignation.

Durch traditionelle wie moderne Professionalisierung wird das »vorherrschende Realitätsprinzip«, das zur äußeren Naturzerstörung geführt hat – so Marcuse – auf die innere Natur der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgedehnt, wodurch deren organisationales Protestpotential eingeschränkt und letztlich defizitär wird. Um diesem Dilemma zu entgehen, setzt Viola Köster mit Marcuse's kritischer Naturtheorie auf ein visionäres Dreifachprinzip: auf befreite Menschen in einer befreiten Gesellschaft und einer befreiten Natur. Und das heißt: auf eine von Empathie getragene Politik im Zeichen einer ökologischen Vision – und nicht als pure Legitimation des herrschenden Rationalisierungszwangs.

Die Leserin/der Leser dieses gut und flott geschriebenen Buches wird diese Radikalität des Argumentierens genießen oder verwerfen. Sie/er wird mit diesem Buch aber auch an das hohe intellektuelle Niveau des ökologischen Diskurses erinnert und herangeführt, das einst mit großen Virtuosen wie Herbert Marcuse verbunden war. Und dieser Lesegenuss ist ganz gewiss unstrittig.

Udo E. Simonis

John G. MEARSHEIMER: Lüge! Vom Wert der Unwahrheit, Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos, Campus Verlag, Frankfurt a.M. / New York 2011. 146 S., 14,99 EUR.

Sind außenpolitische Lügen probate Mittel der Staatskunst? John J. Mearsheimer, einer der re-

nommiertesten US-Politikwissenschaftler, hat einen brisanten Essay über Lügen in der internationalen Politik geschrieben. Aus der Sicht des Rezensenten handelt es sich um ein zwiespältiges Buch.

Respekt heischt das schmale Bändchen für die spannende Einlösung des erklärten Hauptziels: die Bereitstellung eines analytischen Rahmens, um das Problem außenpolitischer Lügen hinsichtlich Arten, Motiven, Adressaten, Umständen, Chancen und potenziellen Kosten in den Griff zu bekommen. Der Autor füllt mit dieser kleinen »Theorie der Lüge in der internationalen Politik« eine Forschungslücke. Aufgrund des eigens zusammengestellten Inventars von rund drei Dutzend Fällen aus den letzten hundertfünfzig Jahren unterscheidet er fünf Hauptarten internationaler Lügen:

- Zwischenstaatliche Lügen – Beispiel: Bismarcks Frisierung der Emser Depesche 1870;
- Angstmache – Beispiel: die vier faustdicken Lügen der Bush-Administration zur Begründung des Irak-Krieges 2003;
- Strategische Vertuschung – Beispiel: das Geheimabkommen über US-Atomwaffen in japanischen Häfen von 1969;
- Nationalistische Lügen – Beispiel: die angebliche Flucht, aber tatsächliche Vertreibung von 700.000 Palästinensern aus Israel 1948;
- Völkerrechtlügen – Beispiel: die humanitäre Katastrophe der Wirtschaftssanktionen gegen den Irak 1990-2003 mit der Folge von einer halben Million ziviler Opfer.

Überraschend ist in der Bilanz die Feststellung, dass Lügen gegenüber anderen Staaten eher selten seien, dafür aber eine umso grössere Neigung bestünde, das eigene Volk hinteres Licht zu führen. Letzteres gelte insbesondere für Demokratien mit ehrgeizigen außenpolitischen Zielen und der Tendenz zu selbstgewählten Kriegen in fernen Regionen (S. 10/127). Die Mehrzahl der herangezogenen Beispiele betreffen die Außenpolitik der USA.

Ob die »noble Lüge« J. F. Kennedys zur Lösung der Kuba-Krise 1962 (S. 85) tatsächlich eine Lüge war, kann bezweifelt werden. Denn das Angebot, die Jupiter-Raketen aus der Türkei im Gegenzug zur Entfernung der sowjetischen Raketen auf Kuba abziehen, war keine Konzession, weil die Schließung des türkischen Stützpunktes schon zuvor entschieden worden war. Kennedy hat in der Medienkonferenz nicht die ganze Wahrheit gesagt, wozu er nicht verpflichtet war. Der Fall

gehört eher in die Kategorie legitimen Verschweigens. Der Sachverhalt ist in einer von Mearsheimer nicht beachteten Harvarder Fallsammlung ausführlich dokumentiert, zusammen mit zwei anderen, allerdings zweifelsfreien Beispielen, die in seinem Inventar fehlen: Die Verstrickung der Nixon-Administration in die chilenische Allende-Affäre 1970 und die Meineide der Hauptakteure der Iran-Contra-Affäre 1984-86 vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss während der Reagan-Ära (Gutmann / Thompson, Eds.: *Ethics and Politics – Cases and Comments*, Chicago 1990).

So schonungslos der scharfe Beobachter internationale Lügen analysiert und offen legt, so fragwürdig sind seine freigebigen Rechtfertigungen. Mearsheimer glaubt zu wissen, dass »Regierungen aller Art« außenpolitische Lügen als nützliche Mittel der Staatskunst betrachteten und manchmal sogar als »moralische Pflicht« empfänden. Aber nicht nur die Regierungen und Politiker dächten so, vielmehr hielten »die meisten Menschen« das Lügen für einen festen Bestandteil der internationalen Politik. Sie verstünden sehr wohl, dass sich Regierungen zum Nutzen des eigenen Landes so verhalten würden. Im Gegensatz zur Innenpolitik und den meisten anderen Lebensbereichen würden Lügen in der Außenpolitik allgemein als »akzeptabel«, »selbstverständlich«, unter Umständen als »klug«, »notwendig«, ja sogar als »tugendhaft« angesehen. Machiavellis *virtù* lässt grüßen! Mearsheimer wird nicht müde, diese seine Botschaft wie ein Mantra zu wiederholen.

Doch handkehrum mutiert die angebliche Überzeugung anderer zu seiner eigenen. Es gebe »gute«, »zwingende«, »sehr vernünftige«, »sinnvolle« strategische Gründe, das eigene Volk zu belügen, Verbündete zu täuschen und das Völkerrecht zu brechen. Maßstab zur Legitimierung außenpolitischer Lügen ist nach Auffassung Mearsheimers das nationale Interesse. »Wo es um die Aussenpolitik geht, entschuldigt der Erfolg die Lüge oder der Erfolg macht sie zumindest erträglich.« (S. 15) Unentschuldigbar sind Lügen, die dem nationalen Interesse schaden. Schädlich, urteilt Mearsheimers, war die lügnerische Angstmache zur Ausweitung des Vietnam-Krieges 1964 und zur Auslösung des Irak-Krieges 2003, weil beide Kriege in ein »Desaster« führten (S. 125). Trotz dieser Desaster mutmaßt Mearsheimer, es werde kaum lange dauern, bis die USA einen neuen »Kreuzzug« begännen (S. 126).

Mearsheimer gilt als Begründer des sogenannten »offensiven Neorealismus«. Diese nationale-geostische Staatsräson-Ideologie einer »moralfreien« utilitaristischen Erfolgsethik scheint dem Rezensenten für Frieden und Gerechtigkeit auf Erden verheerend.

Alois Riklin

Martin REINHART: *Soziologie und Epistemologie des Peer Review*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2012, 225 S., 34,00 €

Reinharts an der Universität Basel entstandene, 2010 eingereichte und nunmehr aktualisierte und überarbeitete Dissertation setzt sich zum Ziel, »eine umfassende Perspektive« für die Analyse von »Peer Review-Verfahren« zu entwickeln (S. 11). Um dies zu leisten, betrachtet Reinhart die Verfahren unter drei Aspekten: Verfahrensimmanent untersucht er zunächst ihre Funktionalität. Verfahrenstranzendierend hebt er dann auf die Einbettung der Verfahren in ihren »gesellschaftlichen Kontext« ab. Abschließend will er transzendentalpragmatisch »nach den Bedingungen der Möglichkeit solcher Verfahren« überhaupt fragen. (S. 11) Aus dieser Vorgehensweise wird deutlich, dass die Praxis, nicht die Theorie der Verfahren den Ausgangs- und Referenzpunkt der (Letzt-)Fundierung bildet. Die »empirische Untersuchung des Phänomens Peer Review« (S. 18) soll »explorativ neue methodische Zugänge« und dadurch »im Rahmen der Debatte zur sozialen Epistemologie eine neue Position... skizzieren«. (S. 13) Dieses Vorgehen ermöglicht Reinhart zwar, theoretische Zugänge aus der Praxis heraus zu entdecken und zu entwickeln, ein in sich geschlossenes theoretisches Fundament ist so allerdings nicht zu gewinnen. Obwohl im Titel der Dissertation der Begriff Epistemologie genannt wird, ist die erkenntnis- und wissenschaftstheoretische Grundlegung der Arbeit, insbesondere in Hinsicht auf die in der Einleitung explizit genannte transzendentalpragmatische Perspektive unzureichend. Das im Anschluss an Goldman ins Spiel gebrachte Konzept des *social epistemology* (S. 17) erweitert zwar die Perspektive; doch (auch) diese neue Sichtweise wird nicht genutzt, um das Peer Review-Verfahren transzendental adäquat grundzulegen.

Im Anschluss an die Widergabe von einem Normal- und einem Sonderfall aus einer Stichpro-

be von 20 dokumentierten Fällen gibt Reinhart zunächst einen »kurzen Überblick über die Forschungsliteratur der letzten 35 Jahre«. (S. 55) Die unter dem Kriterium der »Homogenität« (S. 79) erbrachten Ergebnisse spiegeln den Forschungsstand bis ca. 2008/09. Grundsätzlich differenziert Reinhart methoden- und wissenschaftsdualistisch zwischen eher quantitativ und eher qualitativ orientierten Ansätzen. Auf die Kontroverse zwischen wissenschaftstheoretischem Monismus und Dualismus geht er dabei nur kurz, auf die zwischen Erklären und Verstehen gar nicht ein.

Die Untersuchung der eher quantitativ orientierten Arbeiten führt Reinhart zur »Diagnose eines Theoriedefizits«. (S. 71) Die bisherige Peer-Review-Forschung sei immer noch, wie Hirschauer bereits 2004 schrieb, »zu großen Teilen Amateur-Wissenschaftsforschung«. (S. 71) So bleibe der »Bedeutungsgehalt« der in der Literatur am häufigsten zur quantitativen Bestimmung herangezogenen Kriterien: »Fairness, Reliabilität und Validität« »weitgehend offen.« (S. 81) In den eher qualitativ ausgerichteten Arbeiten hingegen zeige sich am »meisten Homogenität... auf der Ebene der pragmatischen Äquivalenz, da alle Texte in dasselbe Peer-Review-Verfahren und damit in eine einheitliche Kommunikationssituation eingebettet sind.« (S. 79)

Im Anschluss an die Darlegung dieser Überblicksergebnisse zur bisherigen Forschung untersucht Reinhart die 496 einschlägig und vollständig dokumentierten Peer Review-Verfahren des Jahrgangs 1998 des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung wissenschaftlicher Forschung in den Fachbereichen Medizin und Biologie. Unter Bezug auf die drei bereits genannten Hauptkriterien quantitativ orientierter Forschung stellt Reinhart fest: »Die Reliabilitätswerte sind... als schlecht zu bezeichnen«, (S. 119) doch die »Fairness der Entscheidungen« scheint gegeben. (S. 120) Die »bibliometrische Abschätzung der Validität« ergibt zudem, dass erfolgreiche Gesuchsteller »nach dem Förderungsentscheid signifikant erfolgreicher publizieren als die abgelehnten«. (S. 120) Jedoch bleibt offen, »wodurch gemessene Werte der drei Aspekte verursacht sind« und wie diese mit der »Funktion von Peer Review-Verfahren in Zusammenhang stehen«. (S. 120) Zu Recht verschiebt Reinhart daher im Folgenden die Untersuchungsperspektive von einer output-, genauer wirkungs- und rechtfertigungsorientierten zu

einer prozessorientierten Betrachtung: Peer Review-Verfahren sind zweckrationale Verfahren, die auf die »Produktion von Begutachtungsentscheidungen« abzielen. (S. 122) Durch diesen Perspektivwechsel wird das Verfahren *in toto* auf- und die eigentliche Entscheidung als ein, wenn auch eminent wichtiges *singuläres* Ereignis im Gesamtprozess abgewertet.

Die Suche nach »Theorieanknüpfungen« gestaltet Reinhart jedoch in, wie er selbst sagt, »zugegebenermaßen ekklektischer Weise«. (S. 125) Dies erstaunt, da eine Fülle an diskurstheoretischen (z. B. Habermas) und transzendentalpragmatischen Ansätzen (insbesondere Apel unter Bezug auf Peirce) vorliegt, auf denen aufgebaut werden könnte. Gleichwohl führt Reinharts »organisationssoziologische Betrachtung« zu wichtigen neuen Erkenntnissen. Er weist auf, dass »vier organisationale Eigenschaften ... die Stabilität und Zuverlässigkeit des Entscheidungsverfahrens gewährleisten«: (1) Stufenförmiger Ablauf, (2) »arbeitsteilige Differenzierung«, (3) Sicherung von »Intransparenz« gegenüber der Öffentlichkeit und (4) »Entlastung« durch Ermöglichen intra-institutionellen Vergessens. (S. 134) Peer Review-Verfahren erweisen sich so als »soziale Arrangements«. (S. 155) Insbesondere die Intransparenz der Verfahren *nach außen* und ihre Entlastung *nach innen* sind dabei dadurch begründet, dass sie die »primäre Aufgabe einer Organisation« erfüllen, nämlich die »Sicherung des (eigenen) Fortbestands« zu gewährleisten. (S. 151) Dies ist der Fall, »solange auch zuverlässig Entscheide gefällt werden«; folglich ist das Fällen zuverlässiger Entscheidungen Sinn und Zweck aller Peer Review-Verfahren. (S. 151)

Das nachfolgende Hauptkapitel beschäftigt sich dann, so der Titel, mit der »Inhaltsanalyse der Gutachten«, um nach den »epistemischen Dimensionen zu fragen«. (S. 157) Ein konkretes Erkenntnisziel für diese weitere »Perspektivierung« wird jedoch nicht formuliert. (S. 156) Ebenso wenig wird die Einbindung dieses Teils in *einen* die ganze Arbeit durchziehenden Argumentationsstrang deutlich.

Die Untersuchung der 212 Gutachten anhand 22 vorab definierter Qualitätskriterien ergibt in Hinsicht auf Frequenz und Valenz u.a., »dass sich gutachterliche Äußerungen auf einem zweidimensionalen Feld einordnen lassen«: (S. 170) Positiv verwendete Qualitätskriterien sind zumeist »Zu-

schreibungen an eine Person«, negativ verwendete hingegen zumeist »Zuschreibungen zum Projekt«. (S. 170) Um dieses Ergebnis *verstehen* zu können, greift Reinhart wiederum auf die Organisationssoziologie zurück. Er sieht »Forschungsförderung als Organisation..., die zwischen Personenvertrauen und Systemvertrauen vermittelt.« (S. 174) Eines, vielleicht das wichtigste Ergebnis der Untersuchung ist, dass diesem Ansatz zufolge nicht die fachlich-inhaltliche Ausrichtung der Peer Review-Verfahren entscheidend ist: Sie sind von »epistemischen Kulturen« unabhängig. (S. 193) Infolgedessen können sie aber nicht zur Bestimmung der Geltung von (weder nomothetisch noch idio-graphisch gerichteter) Erkenntnis bzw. Wissenschaft herangezogen werden. (S. 194 f.) In dieser Hinsicht erweist sich die epistemische Fragestellung im Nachhinein als *Holzweg*.

Anstatt also Peer Review-Verfahren weiterhin vornehmlich epistemisch auf ihren Beitrag zu Erkenntnis und Wissenschaft zu diskutieren, wäre es sinnvoll, wie im letzten Absatz der Arbeit formuliert, auf die normativen Orientierungen in diesen Verfahren abzuheben. (S. 205) Wie in der Einleitung avisiert müsste also eine transzendentalpragmatische Perspektive entwickelt werden, die insbesondere der intendierten Normativität der Verfahren Rechnung trägt. Dies ist das Vermächtnis dieser anregenden und in ihren Einzelergebnissen interessanten, wenn auch theoretisch nur aus organisationssoziologischer Sicht überzeugenden Studie.

Georg F. Simet

Stefano SARACINO: Tyrannis und Tyrannemord bei Machiavelli. Zur Genese einer antitraditionellen Auffassung politischer Gewalt, politischer Ordnung und Herrschaftsmoral, München, Wilhelm Fink Verlag 2012, 475 Seiten, 59 €

Über Niccolò Machiavelli scheint bereits seit langem alles gesagt. Eine weitere nicht gerade schlanke Arbeit zum Denken des Florentiners zu publizieren, ist auf den ersten Blick somit alles andere als notwendig. Umso erfreulicher ist es, dass der Politikwissenschaftler Stefano Saracino, in der aus seiner an der Ludwig-Maximilians-Universität München eingereichten Dissertation hervorgegangenen Studie über die Tyrannis und den Tyrann-

nenmord bei Machiavelli doch noch Neues zu berichten weiß.

Im Begriff der Tyrannis meint Saracino einen »*terminus fundamentalis*« (S. 435) Machiavellis erkannt zu haben, den die Forschung bislang entweder übersehen oder auf nur missliche Art und Weise interpretiert habe. Denn erfassen könne man den Tyrannisbegriff bei Niccolò Machiavelli nur dann, wenn er zum einen in den Kontext der traditionellen Tyrannislehre gestellt und zum anderen mit den Machiavelli vorangegangenen Diskursen über die Tyrannis abgeglichen werde. Nicht jedoch, wenn man in ihm allein den Bruch zur klassischen Tyrannislehre sehe, weswegen ausdrücklich die Distanz zu den älteren Erörterungen der Thematik, wie sie etwa von Dolf Sternberger oder Leo Strauss vorgelegt wurden, gesucht wird. Das Buch soll daher eine Antwort auf die Frage geben, ob bei Machiavelli der Ausdruck Tyrannis einen Bedeutungsverlust beziehungsweise einen Bedeutungswandel erfahren habe; ob ferner dem Begriff überhaupt noch systematische Bedeutung für Machiavellis Denken beigemessen werden kann, oder man in ihm lediglich einen Ausdruck der rhetorischen Kunstfertigkeit des Florentiners sehen muss. Es ist Saracino dabei hoch anzurechnen, dass er den Sirenengesängen des *Principe* wie der *Discorsi* zu widerstehen verstand und sich für seine Ausführungen nicht allein auf diese beiden zum Verständnis des politischen Denkens Machiavellis vermeintlich ausreichenden Werke fokussiert, sondern auch die allzu oft nur wenig beachteten Schriften Machiavellis miteinbezog. Den ihm gebührenden Platz nimmt neben der *Istorie Fiorentine*, der *Arte della Guerra* und der *Vita di Castruccio Castracani* somit nicht zuletzt das literarisch-dichterische Werk Machiavellis ein.

Ausgehend von der eigenartigen Diskrepanz zwischen dem *Principe*, in dem man sich vergeblich auf die Suche nach der Verwendung der Terminologie des Tyrannen machen wird, auf der einen und dem übrigen politischen Schrifttum Machiavellis, in dem der Tyrannenbegriff vielfache Verwendung fand, auf der anderen Seite wird zunächst das Verhältnis des *Principe* zur traditionellen Lehre der Tyrannis in Antike und Mittelalter beleuchtet. Der Florentiner fordert seinen jüngsten Interpreten aber nicht nur dadurch heraus, eine Erklärung für das Fehlen des Begriffs der Tyrannis im *Principe* zu finden; als Schwierigkeit erweist sich darüber hinaus auch die Eigenart Machiavellis, dass er,

ganz Kind seiner Zeit, nur selten seine Quellen offen zu benennen pflegte. Beiden Herausforderungen stellt sich der Autor mit erkennbarer Freude und großem philologischem Eifer.

So wird den Wurzeln des Machiavellschen Tyrannisverständnisses im antiken Denken nachgegangen, wobei vor allem Xenophons *Hieron* sowie die sogenannten Tyranniskapitel der *Politik* des Aristoteles als wichtige Quellen Machiavellis nach und nach freigelegt werden. Sowohl Xenophon als auch Aristoteles liefern Machiavelli elementare Erkenntnisse, ohne dass er sich allerdings an deren normativen Grundaussagen gebunden fühlte. Die klassische Scheidung von gutem Herrscher und Tyrann entfällt im *Principe*. Stattdessen wird der *tyrannus ex defectu tituli* nun zum würdigen Gegenstand theoretischer Reflexion erhoben.

Wird der Einfluss der Antike stupende diskutiert, scheint mir hingegen in der etwas zu kurz kommenden Behandlung mittelalterlichen Denkens ein Schwachpunkt in Saracinos Arbeit zu liegen. Dies insbesondere in Anbetracht der selbst gestellten Frage, ob Machiavellis Denken von dem der Antike und dem Mittelalter losgelöst zu betrachten sei. Durch die verkürzte Analyse des Mittelalters geraten interessante Querverbindungen rasch wieder aus dem Blickfeld, etwa der Umstand, dass, anders als im Text vermutet (S. 229f. und 392f.), die Bewertung Julius Cäsars nicht erst in der Renaissance eine Wendung ins Negative vollzog, sondern dies bereits im Mittelalter geschah. So etwa in den Kapiteln des *Policraticus*, die John of Salisbury dem Tyrannen gewidmet hat (ebd. VIII, 19).

Daneben hätte beispielsweise auch die Behandlung der *clementia Caesaris* in Kapitel III.3e, von der Einbeziehung mittelalterlicher Diskurse zu profitieren vermocht. Machiavelli, der die Thematik vor allem in der Kapitelsequenz 19-23 im dritten Buch der *Discorsi* diskutiert, betrachtete Akte der *clementia* mit großer Skepsis. War für ihn doch schon das historische Vorbild Ausdruck der Krise der römischen Republik und Symbol der Unterwerfung unter das Wohlwollen und die Willkür eines Alleinherrschers. Da die *clementia* auf persönliche Zuneigung und Gefolgschaft ziele, handele es sich bei ihr letztlich um tyrannische Taten. Republikanen dagegen hätten die unumschränkte Geltung der Gesetze anzustreben. Eine Argumentation, in ihren Aussagen mit jener des Florentiners vergleichbar und einer eingehenderen Analyse da-

her durchaus würdig, kann bei Thomas von Aquin in *De regno ad regem Cypr*i gefunden werden. Der Aquinate ging darin davon aus, dass es ein Charakteristikum der Tyrannenherrschaft sei, wenn vom Recht abgewichen werde, und man sich dem Willen, Thomas spricht sogar von den Launen, eines Mannes, unterwerfe (ebd. I, 3). Im Kern kommt darin die Unterscheidung zwischen *regimen regale* und *regimen politicum* zum Ausdruck, wie sie, um nur ein Beispiel zu nennen, in den *Sententia libri Politicorum* des Thomas von Aquin formuliert wird (ebd. I,1,5), und damit eng verbunden mit der eifrig diskutierten Frage, ob der Herrschaft des Königs oder der Herrschaft des Gesetzes der Vorzug gegeben werden soll (so zum Beispiel bei Aegidius Romanus, *De regimine principum*, III,2,29).

Davon abgesehen erweisen sich besonders die abschließenden Kapitel der Untersuchung als originell. Nach der umfassenden Auswertung der Verwendung des Tyrannisbegriffs in den weiteren politischen Werken Machiavellis sowie deren Verbindung mit seinem Republikanismus in Kapitel III, wendet sich Saracino in den Kapiteln IV-VI der Figur des *ordinatore*, den Verschwörungen und schließlich dem thymotischen Politikverständnis Machiavellis zu. Gerade letzteres vermag den Leser auf für lange Zeit verloren gegangene Einsichten aufmerksam zu machen.

Anders als im gegenwärtigen politischen Denken weist Machiavelli dem Streben nach Ruhm eine essentielle Rolle zu. Dabei kann das Ruhmestreiben sowohl positive als auch negative Züge annehmen. Falsch verstanden ist in ihm eine Ursache für die Entstehung der Tyrannis zu sehen, wobei Machiavelli nicht nur an das fehlgeleitete Streben eines Einzelnen denkt, sondern auch den Kleinmut und die Undankbarkeit des *popolo* als beschleunigenden Faktor für die Tyrannis benennt. Richtig verstanden jedoch, das heißt patriotisch motiviert und am Gemeinwohl orientiert, dient das Streben der Bürger nach Ruhm als Schutzwall gegen die Tyrannis und stellt sich damit als wichtiger Bestandteil des Zusammenlebens dar.

Trotz der monierten Punkte, die hier womöglich zu stark betont wurden, ist die Lektüre von Saracinos quellengesättigter Arbeit dem Interessierten uneingeschränkt ans Herz zu legen. Ein Erkenntnisgewinn ist sie allemal.

Benjamin Schmid

Uli SCHÖLER: *Wolfgang Abendroth und der »reale Sozialismus«*. Ein Balanceakt, Berlin, Verlag für Berlin-Brandenburg, 2012, 216 S., 19,95 €

Wolfgang Abendroth (1906-1985) gehörte zu den »Gründungsvätern« der deutschen Politikwissenschaft und gilt als erster marxistischer Hochschullehrer in der Bundesrepublik Deutschland. Als früherer Abweicher von der Linie der KPD und späterer Verfolgter des SED-Regimes nahm er zunächst eine kritische Haltung gegenüber der DDR und der Sowjetunion ein. Nach 1968 wandelte sich diese Position immer mehr in eine Apologie, die mit einer großen Nähe zur DKP einherging, aber nicht mit einer Mitgliedschaft endete. Wie erklärt sich nun diese Entwicklung von Abendroth, der immerhin in den 1950er und 1960er Jahren bedeutende Beiträge zu einem juristischen und politischen Konzept von sozialer Demokratie entwickelt hatte? Dieser Frage geht die von Uli Schöler vorgelegte Studie »Wolfgang Abendroth und der ‚reale Sozialismus‘. Ein Balanceakt« nach. Der Autor gehört zu den Mitherausgebern der »Gesammelten Schriften« von Abendroth, woraus sich die starke Orientierung an dessen verstreuten Publikationen erklärt.

Schöler zeichnet Abendroths erwähnten Entwicklungsprozess historisch-chronologisch nach, wobei sich ein mehr von Brüchen denn von Kontinuitäten geprägtes Bild ergibt. Demnach führten die Moskauer Schauprozesse und der Hitler-Stalin-Pakt zum Bruch mit dem »realen Sozialismus«, der noch durch die Erfahrungen in der Sowjetischen Besatzungszone gestärkt wurde. In den 1950er Jahren sprach Abendroth denn auch von einem totalitären Charakter der DDR, der von der sozialistischen Linken schonungslos aufzudecken sei (vgl. S. 35, 37). Im Laufe der 1960er Jahre habe sich demgegenüber eine Preisgabe dieser kritischen Positionen abgezeichnet. Sie mündeten in einen Notwendigkeits- und Unvermeidbarkeitsparadigma (vgl. S. 99, 179). Demnach erklärten sich die gesellschaftlichen und ökonomischen Zustände im »realen Sozialismus« primär nicht aus politischen Entscheidungen, sondern aus einschlägigen Rahmenbedingungen. Damit wurde Abendroth ein Apologet der DDR, die angeblich auf dem Weg fortschreitender Demokratisierung gewesen sei (vgl. S. 112, 121).

Wie deutet Schöler nun diese Entwicklung? Er sieht ihre Ursache in den innenpolitischen Um-

brüchen der Bundesrepublik Deutschland: Angesichts der Entwicklung der SPD, die nicht mehr sozialistische, sondern allenfalls sozialreformerische Politik betrieben habe, hätte Abendroth nur noch in der 1968 gegründeten DKP einen Ausdruck organisierten Klassenbewusstseins gesehen (vgl. S. 95). In der Folge dieser Einsicht neigte Abendroth nach Schöler immer mehr zu eine apologetischen Auffassung gegenüber dem SED-Staat: »Deshalb beinhaltet seine inhaltliche Annäherung an die Legitimationsgrundlagen von Partei und Staat der DDR wohl vor allem eine strategisch-taktische Entscheidung dahingehend, dadurch mitzuhelfen, für die Bündnisfähigkeit des neuen politischen Brückenkopfs des realen Sozialismus in der Bundesrepublik, der DKP, mit dem vorhandenen linkssozialistischen Spektrum zu sorgen« (S. 129). Seine seinerzeitigen Publikationen ließen den politischen Akteur, aber nicht mehr den Wissenschaftler Abendroth erkennen.

Schölers starke Ausrichtung an einer Analyse von Texten lässt ihn als ausgezeichneten Kenner der Materie erscheinen. Er macht auch überzeugend deutlich, dass die von Anhängern wie Gegnern Abendroths postulierte Auffassung von einer Kontinuität seines Denkens falsch ist. Der Autor verweist sogar auf totalitarismustheoretische Analysemuster in seinen frühen Schriften. Schöler geht es auch um eine »Ehrenrettung« des Abendroth der 1950er Jahre, der das »Konzept einer sozialen Demokratie für die Bundesrepublik entwirft und es argumentativ scharf vom Realprogramm der totalitären Machtpolitik Ulbrichts absetzt« (S. 190). Indessen zeigt seine eigene Deutung, dass sich Abendroth wohl mehr als Ideologe denn als Wissenschaftler sah. Auch war ihm die Demokratie wohl weniger wichtig als der Sozialismus. Diesen Punkt hätte der Autor noch ausführlicher herausarbeiten können. Er ignoriert leider auch neuere Publikationen (Hennig, Kraushaar), die von einer viel tieferen Kooperation Abendroths mit DDR-Offiziellen ausgehen.

Armin Pfahl-Traughber

Andreas WIRSCHING: *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München: Verlag C.H.Beck, 2., aktualisierte Aufl. 2012, 487 S., 26,95 €

Dass das Buch bereits im Jahr der Erstauflage nochmals und in aktualisierter Fassung aufgelegt

wurde, zeigt den hohen Nachfragewert und permanenten Überarbeitungsbedarf. Wirsching erzählt nicht nur unsere jüngste, höchst spannende Geschichte bis in die Jetztzeit nach; es gelingt ihm auch, die epochale Bedeutung und Wirkung des Ereigniskomplexes *demokratische Revolution* von 1989/90 bis in unsere Tage und darüber hinaus nach- bzw. vorzuzeichnen und anschaulich zu machen. Es kommt dem Autor nicht so sehr auf Ausführlichkeit einzelner, ausgewählter Aspekte, sondern weit mehr auf eine Gesamtdarstellung an. In dieser Hinsicht ist die Arbeit wohl einzigartig und höchst anregend, gerade weil sie Impulse setzt und nicht Ausarbeitungen bis ins kleinste Detail liefert, vorgibt. Schön ist zudem, dass Wirsching einem Narrativ folgt und dies auch deutlich macht. Denn dies ermöglicht dem Leser, die Geschichte in Wirschings Sinn fort zu erzählen oder eben auch nicht, indem er andere Akzente setzt.

Das »Schlüsselwort« zum Verständnis der »Zäsur« von 1989/90 ist für Wirsching »Freiheit« (S. 12). Der Weg zur Freiheit ist dabei nicht auf nur *emen*, den zur »Befreiung Osteuropas vom Kommunismus« zu reduzieren (S. 12). Vielmehr sind nach Auffassung des Autors auch die »Liberalisierung der Finanzmärkte«, die »Freiheit im Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital« (S. 12) sowie »die persönliche« und »innereuropäische Freizügigkeit« als »Teil einer weltweiten Entwicklung« für die Bestimmung dieses nicht nur für die Geschichte Europas, sondern auch weltgeschichtlich epochalen Einschnitts mit zu berücksichtigen. (S. 13) Es ist eine Stärke des Buchs, diesen Komplex von miteinander verschränkten Freiheitsaspekten in der Geschichte des Zusammenwachsens Europas fundiert herauszuarbeiten.

Dem Freiheitsbegriff übergeordnet ist der Begriff Frieden. Die *große Erzählung* Europas ist für Wirsching ein auf »Frieden in Freiheit« abzielendes Nachkriegsprojekt (S. 350). Das momentan zu konstatierende Verblässen des Aspekts der Friedenssicherung beschädigt auch den Freiheitsgedanken, da so eine wesentliche Komponente des europäischen Freiheitsmythos, der Grund zur Freiheit zu verloren zu gehen droht. Die Friedensbewegung war wohl der letzte größere politische Akteur, der an die unbedingte Fortführung des Gründungsmythos der EU als Friedensgemeinschaft gemahnte.

Doch »die Freiheit [hat auch] ihren Preis.« (S. 13) Das Buch trägt dem ebenfalls Rechnung,

indem die »Folgekosten« der Freiheit in der Darstellung mit berücksichtigt werden, auch in makroökonomischer Hinsicht. (Mikroökonomische Überlegungen hingegen fließen kaum in die Arbeit ein.) Für Wirsching ist das Zusammenwachsen Europas unzweifelhaft, »unleugbar«. (S. 14) Es ist ein Akt aus und zur Freiheit (geboren aus dem Willen zum Frieden). Doch das Zusammenwachsen Europas zeitigt nicht nur »Freiheitsgewinn«. (S. 14) Das Zusammenwachsen ist *dialektischer* Natur: Es »produziert« auch »immer neue Krisen«. (S. 14) Insofern ist das ‚europäische Fortschrittsnarrativ‘ als eine zumindest partial ergebnisoffene Erzählung anzulegen. (S. 15) Für Wirsching ist Geschichte einerseits weder »teleologisch« bestimmt noch bestimmbar; andererseits aber postuliert er als »Kernthese: daß nämlich die Gegenwartsgeschichte Europas einem mächtigen historischen Trend zur Konvergenz folgt.« (S. 17) Trotz dieser These: Die Begriffe Epoche, Zäsur, Krise verweisen eher auf Husserls Phänomenologie, denn auf Hegels *Phänomenologie des Geistes*. Geschichtsphilosophische Betrachtungen klammert Wirsching kategorisch aus. Auch in dieser Hinsicht setzt er eine Zäsur, eine εποχή (im Sinne Husserls).

Schade aus Sicht des Rezensenten ist, dass Wirsching nicht auch die Dialektik von Freiheit und Sicherheit erörtert, wie sie beispielsweise Jaspers in *Wohin treibt die Bundesrepublik* thematisierte und wie sie jüngst von Ilija Trojanow und Juli Zeh in *Angriff auf die Freiheit* (Erstausgabe 2010) pointiert herausgestellt wurde. Die jüngste Geschichte der Eurokrise(n) ließe sich auch von dieser Seite her erzählen: Als eine Geschichte nach Sicherheit und Sicherheitsgarantien, nicht zuletzt eben auch als Geschichte der Friedenssicherung.

Die Reihung der ersten drei Hauptkapitel ist evident. Die Perspektivik weitet sich vom Westen, dem »alten Europa« (Kapitel I) zum Osten, dem »neuen Europa« (Kapitel II), um dann eine gesamteuropäische Sicht/Erzählung zu finden, zu entwickeln und einzunehmen (Kapitel III). Dass der Autor anschließend Europa als Teil der Welt unter nunmehr globalem Aspekt betrachtet (Kapitel IV) ist folgerichtig. Zunächst irritierend hingegen wirkt das nochmalige Aufgreifen des Identitätsgedankens im nachfolgenden, letzten Hauptabschnitt (Kapitel V). Doch auch dies ist nur konsequent, da es ja auch und insbesondere darauf ankommt zu untersuchen, inwiefern Globalisie-

rungsaspekte – neben den nationalen und europäischen Traditionslinien – das Werden der gesamteuropäischen Erzählung bereits jetzt mit prägen und künftig (wohl noch stärker) mit prägen werden.

Ausdrücklich zu loben ist zudem Wirschings nüchterne Betrachtung des Zusammenhangs von immer wieder neuen Krisen als einerseits Ursache und andererseits Wirkung der Bemühungen um/ zur Konvergenz. Wirsching zufolge »braucht es ein dialektisches Modell, in dem Konvergenz und Krise konzeptionell aufeinander bezogen sind.« (S. 17) Anders als Spengler, der Ende des Ersten Weltkriegs bereits den *Untergang des Abendlandes* prognostizierte und neuerdings einige Intellektuelle wie Cohn-Bendit, Menasse und Beck, die Europas derzeitige Verfassung pessimistisch inszenieren, entwirft Wirsching kein Horrorszenario: Für ihn ist Konvergenz nicht der einzig mögliche und daher umso strahlendere, *euphorisch* vorgetragene Ausweg aus der Dauerkrise. (Ulrich, *Der große Sprung nach vorn*, in: *Zeit Online*, 18.10.2012) Das Dilemma liegt eher darin, dass Europa durch zwei gesellschaftlich-politisch divergente Haupt-Konvergenzbewegungen bestimmt wird. Die Konvergenz der Lebensstile der Massen, die *Verfallenheit an das Man* (Heidegger) wird meist als unproblematisch empfunden, obwohl »in der gleichzeitigen Wahl zunehmend gleichförmiger Alltagsaktivitäten« für Wirsching der wohl stärkste »Motor der europäischen Angleichung« besteht (S. 283). Als problematisch hingegen wird die Konvergenz »‘von oben‘ durch den Regulierungsanspruch der EU« als aufgepfropft, ewig wiederkehrendes Ereignis *erlebt* (S. 306). Der Grund hierfür liegt für Wirsching in der nationalstaatlichen Tradition. Wirsching stellt fest: »Der Weg zu voller Teilhabe in Europa führte auch während der letzten beiden Jahrzehnte über den Nationalstaat, und es ist nicht abzusehen, daß sich dies in absehbarer Zukunft ändern wird.« (S. 296) Sofern dieser Befund richtig ist, können alle *top-down* verordneten Konvergenzintentionen aber, wenn überhaupt, nur bedingt Erfolg haben. Konvergenz ist kein Gegenentwurf, kein Alternativ-/ Anti-Programm, wie die intellektuellen *Europhoriker* (Ulrich) vorgeben, sondern vielmehr ein Krisenbewältigungsprogramm, das, wenn überhaupt, nur schrittweise Erfolg zeitigen kann. Gerade weil die Vertiefung Europas prinzipiell skeptisch betrachtet wird, als gegen die »per se plural verfaßte

Identität«, die Nationalinteressen gerichtet (S. 293), muss sich jeder Konvergenzzuwachs erst bewähren, um akzeptiert zu werden. Im Grunde hat Wirsching Recht: Europa strebt mehrheitlich nach Konvergenz. Doch diese Politik ist – der Ansicht der *Europrophoriker* entgegen – nicht in einem großen Wurf machbar, sondern in kleinen, mühsamen, stets von Krisen begleiteten »institutionellen Arrangements« zu vollziehen. (Fücks: »Jeder, mit wem er will« in: FAS, 4.11.2012, S. 13)

Kurz gefasst: Wirsching ist ein klar strukturierter, sehr kenntnisreiches und wie schon gesagt

höchst anregendes Buch gelungen. Vielleicht hilft auch die vorgetragene Dialektik von Konvergenz und Krise dazu, den schwierigen Weg Europas besser zu *verstehen* und aus diesem Wissen heraus das werdende Europa als offene Erzählung mit Geduld und Ausdauer langsam und bedächtig, aber stetig fortzuentwickeln.

Georg F. Simet

Autokratien im Vergleich



Autokratien im Vergleich

PVS Sonderheft 47

Herausgegeben von Steffen Kailitz und Patrick Köllner

2013, 606 S., brosch., 49,90 €,

Sonderpreis für Bezieher der Zeitschrift 37,50 €
ISBN 978-3-8487-0022-6

Das PVS-Sonderheft „Autokratien im Vergleich“ führt innovative theoretische Ansätze und empirische Studien aus der gegenwärtigen Autokratieforschung zusammen und gibt Impulse für die Weiterentwicklung des Forschungszweigs. Es vereint eine außergewöhnlich große Spannweite unterschiedlicher Analyseperspektiven und damit verbundener theoretischer Ansätze.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter
www.nomos-shop.de/20074



Nomos